

Dieses Bild erscheint
aus rechtlichen
Gründen nur in der
Printausgabe.

Polen und Deutschland

Nachbarn stärken Kooperation in der Bildung

Berlin/Warschau 20 Jahre nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages wollen beide Länder den Austausch in der Bildung ausbauen. Begünstigt werden die Pläne von einer Hochschulreform, die Polens Universitäten größere Autonomie verheißt und die Internationalisierung erleichtert. Wie Deutschland verzeichnet Polen steigende Studierendenzahlen. Die Suche nach einem Studienplatz führt polnische Schüler nicht selten nach Deutschland. Im Bild: Junge Polinnen auf Stippvisite an der Viadrina in Frankfurt/Oder. **Brennpunkt Seite 30**

tipp der redaktion

So nutzt man jeden Winkel

Paris Viele Hochschulen haben nicht genug Platz für die Massen von Studenten. Das Center for Effective Learning Environments der OECD hilft deshalb dabei, wie man ungenutzten Raum für die Lehre verwenden kann. Zum Beispiel das Foyer, das Atrium oder die Mensa.

→ Internet: www.oecd.org/edu/facilities/compendium

themen

agenda

Entscheiden: Wie sich Stress auf das Urteilsvermögen auswirkt und warum kurze Ablenkungen helfen können. **Seite 3**

hochschule

Vergleichen: Die OECD startet im Sommer ihre Vorstudie für einen Hochschul-Pisa-Test in 16 Ländern. **Seite 4**

forschung

Promovieren: Die Europäische Kommission fördert den Industrial PhD als berufs begleitende Ausbildung. **Seite 6**

kontakte

Verbinden: Wie Richard Price mit der Website Academia.edu das Facebook für Forscher etablierte. **Seite 8**

ticker

Gründen: Die Europäische Union will in China eine Uni einrichten, um den Austausch von Studenten zu erhöhen. **Seite 10**

Wissensmanagement ist einfacher gesagt als getan: Wie eine kanadische Studie zeigt, müssen Chefs heute damit rechnen, dass die Beschäftigten ihre Kenntnisse verschweigen. Das kommt gern in einem Klima des Misstrauens vor. Was dagegen hilft? Reden!

Foto: fotolia

→ Internet: www.rotman.utoronto.ca/facbios/viewFac.asp?facultyID=dzweig

30. Juni - 1. Juli

Studierendenmobilität: Tagung der Erasmus-Koordinatoren

Bonn Wie sorgt man für mehr Mobilität in der europäischen Hochschulwelt? Das ist eine der Fragen, die bei der Erasmus-Jahrestagung in Bonn auf dem Programm stehen. Teilnehmen können Erasmus-Hochschulkoordinatoren sowie die Ansprechpartner und Konsortiumskoordinatoren für Erasmus-Praktika. Registrieren ist online möglich, die Teilnahme kostenlos.

→ Internet: www.eu.daad.de/eu/lip/veranstaltungen/16879.html

4. - 7. Juli

Hochschulbildung der Zukunft: Fachkonferenz in Australien

Queensland Die Hochschule der Zukunft ist Thema bei der Konferenz „Higher Education on the Edge“ der australisch-asiatischen Gesellschaft für Hochschulbildung und Forschung Herdsa im australischen Queensland. Wer sich bis 17. Juni anmeldet, zahlt rund 830 Euro Teilnahmegebühr. Wem das zu aufwändig ist, der kann die Präsentationen nach der Tagung im Internet ansehen.

→ Internet: www.herdsa.org.au

13. - 15. Oktober

Forschungsplanung: Experten beraten über Strategien

Berlin Bei der internationalen Konferenz „Planning Research for the Future?“ der Freien Universität Berlin diskutieren Uni-Experten und Vertreter privater Forschungseinrichtungen über Planung und Regulierung von Forschung. Bei Anmeldung bis 30. Juni beträgt die Gebühr 150 Euro.

→ Internet: www.fu-berlin.de/sites/inu/en/ccd/events/conference2011

Wissenschaft im Dialog

Eine Plattform zeigt: Europas Hochschulen kennen viele Wege in die Mitte der Gesellschaft

Brüssel Wie machen das eigentlich die europäischen Nachbarn? Wie bringen Italien, Polen oder Großbritannien Wissenschaft und Gesellschaft zusammen? Wie fördern sie die Kommunikation und bauen eine demokratische wissenschaftsbasierte Gesellschaft auf? Antworten dazu finden sich auf der neu überarbeiteten Internetseite des Masis-Projektes. Masis steht für „Monitoring policy and research activities on Science in Society in Europe“ und ist ein EU-Vorhaben, das die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft deutlich machen soll.

Die Masis-Webseite will eine Plattform für die Interaktion von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sein. Sie enthält Seminarhinweise und listet Forschungsinnovationen sowie

einzelne Projekte auf, die wie das Uni-Radion in Lettland den Dialog Wissenschaft und Gesellschaft fördern.

Das Herz der Seite aber sind 38 nationale Berichte aus EU-Mitgliedsstaaten und assoziierten Ländern, die durchaus Vorbildcharakter haben. Im Türkei-Bericht etwa erfährt man, dass erfolgreiche Wissenschaftler dort in den Massenmedien vorgestellt werden. Die Nation ist stolz auf ihre klugen Köpfe. Auf diese Weise erfahre die Öffentlichkeit, was bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung herauskommt. In Italien dagegen stehen Wissenschaft und Technik dem Bericht zufolge nicht sehr weit oben auf der politischen Agenda. Von Deutschland findet sich noch kein Bericht im Netz. mh

→ Internet: www.masis.eu

Konferenz

Wissenschaftsmanager diskutieren aktuelle Trends der Hochschulbildung

Amsterdam/Kopenhagen Fast 4000 Hochschulexperten aus aller Welt werden bei der Jahreskonferenz der European Association for International Education (EAIE) erwartet, die in diesem Jahr von 13. bis 16. September in Kopenhagen geplant ist. Die Tagung will einen Überblick über aktuelle Trends in der Hochschulbildung geben und diese diskutieren. Geschehen soll dies in Workshops. Die Bandbreite der Themen reicht von „Netzwerken und maximieren von Potenzialen“ über „Wie man die Universität zur Marke macht“ und „Handwerkszeug für Hochschulkooperationen“ bis zu „Interkulturellem Training für Verwaltungsmitarbeiter“.

Einiges ist neu bei der Veranstaltung 2011. So werden die traditionellen Seminare durch moderierte Dialoge ersetzt, die besonders auf den Austausch erfahrener Hochschulexperten ausgerichtet sind. Der Tagungsort,

das Bella Center in Kopenhagen, dürfte vielen Teilnehmern aus dem Fernsehen bekannt sein: 2009 fand dort der Weltklimagipfel statt. Wer sich bis zum 29. Juni anmeldet, erhält einen



Foto: Wikimedia

Das Bella Center in Kopenhagen: Rund 4000 Hochschulexperten werden dort erwartet.

Frühbucherrabatt und zahlt 730 statt regulär 820 Euro Teilnahmegebühr. Online registrieren kann man sich bis zum 26. August. mh

→ Internet: www.eaie.org/copenhagen/



Matthias Brand ist Professor für Allgemeine Psychologie: Kognition an der Universität Duisburg-Essen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Entscheiden

„Frauen beziehen eher als Männer mögliche negative längerfristige Folgen mit ein“

Wie Stress sich auf das Urteilsvermögen auswirkt und warum Entscheidungen unter Druck nicht automatisch schlecht sein müssen, erklärt der Kognitionspsychologe Prof. Dr. Matthias Brand.

duz Herr Brand, heute entscheiden Führungskräfte in der Wissenschaft nicht nur über Karrieren, sondern nicht selten auch über die Vergabe von Geldern. Was macht solche Entscheidungen so schwer?

Brand Zum einen die Auswahl der Informationen. Entscheidungsprozesse im Hochschulmanagement sind sehr komplex. Prioritäten müssen gesetzt, aus der Vielzahl von Informationen muss ausgewählt und so der Entscheidungsbereich eingeschränkt werden.

duz Und zum anderen?

Brand Zum anderen geht es darum, Konsequenzen und Wahrscheinlichkeiten zu antizipieren. Das ist nicht leicht, denn häufig hat man ja nur vage Vorstellungen von den Folgen einer Entscheidung.

duz Was passiert, wenn dann noch Zeitdruck dazu kommt?

Brand Das lässt sich kaum verallgemeinern, jeder Mensch hat eine andere Sensibilität für Stress. Manche benötigen ein gewisses Erregungsniveau, um optimale Leistungen zu bringen. Andere wiederum leisten unter Stress bedeutend weniger. Grundsätzlich aber kann man sagen, dass Stress die Verarbeitungskapazität reduziert, vor allem die Leistung des Arbeitsgedächtnisses, in dem mehrere Informationen gleichzeitig verarbeitet werden.

duz Das heißt?

Brand Unter Stress ist die Auswahl der Informationen und Kriterien, auf deren Grundlage eine Entscheidung gefällt wird, auf einzelne wenige Aspekte reduziert. Die Aufmerksamkeit wird auf einen engen Bereich fokussiert.

duz Zum Beispiel?

Brand So votiert etwa ein gestresster

Professor in einem Berufungsverfahren eher für einen Kandidaten, der zwar erfolgreich Drittmittel einwirbt, bei anderen wichtigen Faktoren, die der Professor nicht im Blick hat, aber schlechter als die Konkurrenz abschneidet. Auch sind Entscheidungen, die unter Stress gefällt werden, eher auf die eigenen Bedürfnisse ausgerichtet. Relevant ist dann, was die eigenen Emotionen positiv reguliert.

duz Laufen die Entscheidungsmuster von Frauen in Stresssituationen eigentlich anders ab als die von ihren männlichen Kollegen?

Brand Ja, Frauen beziehen vermutlich eher als Männer mögliche negative längerfristige Folgen mit ein.

duz Was kann der Einzelne tun, um bei Stress keine falschen Entscheidungen zu treffen? Aufschieben?

Brand Das würde ich nicht raten. Entscheidungen werden selten besser, wenn man sie aufschiebt. Häufig lassen sich einmal getroffene Entscheidungen ja auch nachbessern. Außerdem gehört Stress zum Alltag, das Problem wäre damit also nur kurzfristig gelöst.

duz Was schlagen Sie statt dessen vor?

Brand Wenn man es einrichten kann, sollte man sich einen kurzen Augenblick Zeit nehmen, um zu überprüfen, ob man die wichtigsten Kriterien tatsächlich berücksichtigt hat. Dazu kann man sich eine Checkliste machen. So lassen sich grobe Fehler vermeiden. Außerdem helfen schon kleine Dinge dabei, Stress abzubauen: Manchmal reicht es, drei Minuten konzentriert ein- und auszuatmen oder 15 Minuten spazieren zu gehen. Wer bei Stress zu zirkulierenden, nicht zum Ziel führenden Gedanken neigt, sollte sich ablenken, um diesen Kreis zu durchbrechen.

→ Mail: matthias.brand@uni-due.de

Die Fragen stellte Marion Hartig.

Ausschreibungen in Europa

EU trifft Afrika

Zuschüsse für den Projektantrag

Bonn Hochschulen, die einen Projektantrag für ein Kooperationsprogramm mit Afrika planen, können sich beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) um Zuschüsse für die Antragstellung bewerben. Das DAAD-Programm „EU-Afrika Vorbereitende Maßnahmen“ fördert Bewerbungen für Zuschüsse aus Fördertöpfen wie Edulink, ACP Science and Technology oder Tempus/Nordafrika.

→ Internet: eu.daad.de/eu-afrika-vm

→ Mail: tauch@daad.de

Luftfahrttechnik

Auf dem Weg zum Öko-Flugzeug

Brüssel Bis zum 28. Juli können sich Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen um eine Förderung im Rahmen der 9. Ausschreibung des EU-Luftfahrt-Forschungsprogramms Clean Sky bewerben. Gesucht sind Technologien für umweltfreundlichere Flugzeuge, die elektrische Systeme, effizientere Triebwerke und fortschrittliche Aerodynamik für Flugzeuge der Zukunft vorbereiten.

→ Internet: www.cleansky.eu

→ Nationaler Kontakt: Kai-Michael Lochte@dlr.de

Marie-Curie-Programm

40 Millionen Euro sind zu vergeben

Brüssel Im Rahmen des Marie-Curie-Programms werden EU-Wissenschaftler aller Fachbereiche gefördert, die ein bis zwei Jahre an einer Forschungseinrichtung in einem außereuropäischen Land und anschließend in einer europäischen Gasteinrichtung tätig sein wollen. Im aktuellen Aufruf sind 40 Millionen Euro zu vergeben. Bewerbungsschluss ist der 11. August.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.PeopleDetailsCallPage&call_id=397

→ Nationaler Kontakt: mariecurie@avh.de

Zwei Elektroroller erhöhen an der Uni Frankfurt/Main für ein Jahr die Mobilität von Mitarbeitern. Mit 45 km/h und drei PS können sie rund 65 Kilometer bei einem Verbrauch von drei Kilowattstunden pro 100 Kilometer über den Campus fahren.

→ Internet: www.muk.uni-frankfurt.de/pm/pm2011/0511/pm-e-roller/index.html

Lehre

Vorstudie für Hochschul-Pisa startet im Sommer in 16 Ländern

Weltweit soll die Lehrleistung von Hochschulen verglichen werden. Der Testrahmen dafür ist nun fertig.

Paris Deutschland schaut weiter skeptisch auf das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geplante Assessment of Higher Education Learning Outcomes (Ahelo), mit dem erstmals international Lernergebnisse gemessen werden sollen. Ebenso wie Frankreich oder Großbritannien verweigert die Bundesrepublik bislang die Teilnahme am sogenannten Hochschul-Pisa. Im Sommer startet die Ahelo-Vorstudie in den Fächern Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften mit 30 000 Studierenden aus 16 Ländern. „Gemessen werden Kompetenzen, die man im 21. Jahrhundert

braucht, wie Kommunikation, kritisches und analytisches Denken sowie lösungsorientiertes Arbeiten“, sagte OECD-Bildungsdirektorin Prof. Dr. Barbara Ischinger im Mai, als die Testmethoden für die Vorstudie fertiggestellt wurden. Die Bachelor-Studierenden müssen Fallstudien bearbeiten, anhand derer Fach- und allgemeine Kompetenzen geprüft werden. „Ähnlich wie beim Pisa-Test geht es bei Ahelo um das wirkliche Leben“, betonte Ischinger. Von Studierenden aus verschiedenen Ländern wie Mexiko, Slowakei, Japan oder USA, die in den vergangenen Monaten an der Pilotphase teilnahmen, habe die OECD positive Reaktionen erhalten. „Es hat ihnen Spaß gemacht, weil es realistische Probleme waren, die zum Nachdenken gezwungen haben. Die Studierenden konnten selbst sagen, ob sie in ihrer Hochschule das gelernt haben, was sie im wirklichen Leben leisten müssen.“

Die unter anderem aus Deutschland geäußerte Kritik, dass Ahelo nicht die unterschiedlichen Hochschulprofile berücksichtige, wies Ischinger zurück. „Der Einwand, dass sich Länder nicht integriert fühlen, ist unbegründet. In der Hauptstudie wird jede teilnehmende Hochschule einen Fragebogen ausfüllen, in dem genau ihre Mission und Prioritäten abgefragt werden. Diese Informationen werden bei der Auswertung berücksichtigt“, erklärte Ischinger und fügte hinzu, dass zudem die Tests kulturell und sprachlich an die einzelnen Länder angepasst werden.

Die Ahelo-Hauptstudie könnte ab Ende 2012 starten. Bis dahin hofft die OECD, dass sich Deutschland oder auch einzelne Bundesländer noch zur Teilnahme entschließen – ähnlich wie die US-Staaten Connecticut, Massachusetts, Pennsylvania oder Missouri, die separat bei Ahelo mitmachen. cxm

Barbara Ischinger hat den Pisa-Test für Schulen verantwortet. Nun will sie mit Ahelo die Lehre an Hochschulen vergleichen.

Kontakt

Prof. Dr. Barbara Ischinger
OECD-Bildungsdirektorin
Internet: www.oecd.org/edu/ahelo



Foto: OECD

Studierendenbetreuung

Verspätete E-Mail wird sanktioniert

London Es gilt als Zeichen von Respekt und Höflichkeit, die Beantwortung von E-Mails nicht auf die lange Bank zu schieben. Dennoch hapert es an der Gepflogenheit immer wieder. Das Queen Mary College der University of London hat deshalb eine E-Mail-Ethik verabschiedet. Sie schreibt fest, dass Professoren und Dozenten innerhalb von drei Tagen studentische Anfragen beantworten müssen. „Wenn sich ein Kollege nicht an die Regel hält, dann können die Studierenden Beschwerde einreichen“, erklärt der Germanist Prof. Dr. Rüdiger Görner, Institutsleiter der School of Languages, Linguistics and Film. Sollte sich ein Dozent längerfristig weigern, E-Mails zeitnah zu beantworten, dann „wäre das ein Verstoß gegen die Dienstpflicht. Und das wäre in irgendeiner Weise zu ahnden“, betont Görner weiter.

Passiert sei dies bislang aber noch nicht. Denn durch die hohen Studiengebühren seien die Studierenden in Großbritannien „in einer sehr klar definierten Erwartungshaltung“. Mit der Erhöhung der Studiengebühren auf bis zu 10 000 Euro ab 2012 würden die Ansprüche an das Preis-Leistungs-Verhältnis entsprechend steigen. Umgekehrt gilt eine E-Mail-Etikette übrigens auch: „Wir fordern von Studierenden, dass die Mindestanforderungen an schriftliche Kommunikation erfüllt sind, die Anrede halbwegs stimmt und eine Grußformel erkennbar ist. Hingeschnodderten E-Mails muss man sich als Dozent nicht aussetzen“, betont Görner. cxm

Kontakt

Prof. Dr. Rüdiger Görner
Head of School; Director of the Centre for Anglo-German Cultural Relation in the School of Languages, Linguistics and Film
Queen Mary, University of London
Email: [email: r.goerner@qmul.ac.uk](mailto:r.goerner@qmul.ac.uk)
Internet: www.qmul.ac.uk

Das geringe Altersgefälle zwischen Stipendiaten und Doktoranden erleichtert die Zusammenarbeit.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Doktoranden halten sich für schlecht betreut. Doch machen sie es selbst besser? Das Förderprogramm RISE bietet ihnen die Chance, selbst die Seiten zu wechseln.

von Lars Klaaßen

Internationalisierung

Wie Doktoranden mal Chef sein können und merken, welche Arbeit das macht

Bonn/Heidelberg Gerade ist wieder klar geworden, wie wenig sich deutsche Promovenden von ihren Doktorvätern und -müttern betreut fühlen (duzMAGAZIN 05/2011, S.20). Es besteht Nachholbedarf im Verhältnis zwischen Doktoranden und ihren Vorgesetzten. Was aber passiert, wenn die Promovenden selbst mal Chef sind – und sei es nur für kurze Zeit? Die Möglichkeit zum Perspektivwechsel bietet das Programm Research Internship in Science and Engineering (RISE) des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Es hat drei verschiedene Förderlinien. Eine davon richtet sich an in Deutschland Promovierende, die einen ausländischen Forschungspraktikanten beschäftigen wollen. Ende Juni treffen sich die aktuellen RISE-Stipendiaten in Heidelberg.

„Der Rollenwechsel warf völlig ungewohnte Fragen auf“, erinnert sich Isabelle Thomé. Die Doktorandin der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen hatte 2010 im Rahmen ihrer Promotion einen Job zu vergeben. Sie suchte über RISE nach einem passenden Kandidaten. „Die Bewerberauswahl war unerwartet groß und ich musste mich damit auseinandersetzen, wer für mein Projekt geeignet ist“, sagt Thomé und fügt hinzu: „Das war

schwieriger als erwartet, hat aber auch den Blick auf mein Projekt geschärft.“

Die Praktikanten kommen aus den USA, Kanada oder Großbritannien. Sie haben mindestens das zweite Studienjahr abgeschlossen und kommen aus den Fachgebieten Biologie, Chemie, Physik, Geo-, Ingenieur- oder Lebenswissenschaften. Sie bleiben zwei bis drei Monate und sollen die Doktoranden bei experimentellen Arbeiten unterstützen.

Umgekehrt sind die Mentoren für die Stipendiaten verantwortlich. Das erstreckt sich nicht nur auf die fachliche Arbeit, sondern auch auf andere Bereiche des Lebens. „Aufgrund seiner überschaubaren Deutschkenntnisse habe ich mit meinem Stipendiaten Paul im Laufe des achtwöchigen Aufenthalts ausschließlich Englisch gesprochen“, sagt Thomé. Ob Behördengänge, Einkäufe oder Grillen: In den wenigen Wochen rücken Stipendiaten und Doktoranden meist eng zusammen. Das Beschnuppern fremder Kulturen findet auch beim wissenschaftlichen Arbeiten statt. „Sie an selbstständiges Arbeiten heranzuführen, gehörte zu unserer zentralen Aufgabe“, so Thomé.

Das Feedback der Stipendiaten über ihre Chefs auf Zeit ist weitgehend positiv. „Die Kollegen, die sich um mich kümmern, sind

sehr freundlich und hilfsbereit“, betont etwa Emilia I. Wilk. Die angehende Ingenieurin kam im Januar aus Kanada an die Uni Duisburg-Essen. Sie freut sich über die persönliche Unterstützung ihres Mentors und ist fasziniert von der anderen Arbeitskultur an deutschen Hochschulen: „In unserer wissenschaftlichen Gruppe wird sehr eng zusammengearbeitet, das kannte ich so aus meinem Bachelor-Studium in Kanada noch nicht.“ Das Altersgefälle zwischen Stipendiaten und Doktoranden ist gering. Oft sind die Mentoren nur fünf bis zehn Jahre älter. „Das macht in solch einem intensiven Betreuungsverhältnis vieles einfacher“, sagt Michaela Gottschling, die beim DAAD die RISE-Programme betreut. In rund 90 Prozent der Fälle zeigten die Doktoranden ein hohes Verantwortungsbewusstsein und alle Beteiligten seien zufrieden. „Eben weil die Doktoranden nicht bloß sagen ‚Hier ist dein Arbeitsplatz, lies dich mal ein‘, funktioniert das Ganze“, betont Gottschling. Die Nachfrage steigt seit der RISE-Gründung 2005 stetig an. 2011 bewarben sich mehr als 1600 Studierende. 306 von ihnen bekommen in diesem Jahr ein Stipendium, das etwa mit jeweils 2000 Euro dotiert ist. Die Zahl der Stipendiaten variiert jährlich.

→ Internet: www.daad.de/rise/de/



Salz ist ein Stück Lebenskraft. Je mehr Sie davon nehmen, desto besser für Herz und Hirn. Das zeigten Wissenschaftler von der Universität Leuven. Würzen Sie in der Mensa also ruhig etwas kräftiger. Zu viel Salz schadet weniger als zu wenig.

Foto: pixelio

→ Internet: <http://jama.ama-assn.org>

Nach dänischem Vorbild sollen in ganz Europa Industrie-Doktoranden aus Unternehmen mit einem speziellen Nachwuchsprogramm gefördert werden. In Deutschland stößt die Idee auf Skepsis.

Industriepromotionen

Europäische Kommission will mehr Doktoranden für die Wirtschaft

Brüssel Seit Ex-Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg seinen Dokortitel abgeben musste, läuft an deutschen Hochschulen die Debatte darum, ob der akademische Ritterschlag zum Karrierebeschleuniger verkommen ist. Mitten in dieser Diskussion hebt die Europäische Kommission ein neues Förderinstrument für Nachwuchsforscher aus der Taufe, die aus Unternehmen kommen: den European Industrial PhD.

Noch in diesem Sommer soll ein 20 Millionen Euro schweres Pilotprogramm als Teil der Marie-Curie-Actions ausgeschrieben werden. In der ersten Runde könnten bis zu 100 Teilnehmer mitmachen.

Die Idee dafür kommt aus Dänemark. Dort gibt es das Förderinstrument Industriepromotion seit Jahrzehnten. In dem dreijährigen Programm sind die PhD-Studenten als Angestellte von Unternehmen je zur Hälfte ihrer Zeit in der Firma tätig, zur anderen Hälfte in der Hochschule. Das Programm wurde 1971 begründet, 2009 wurden 1200 Promotionsprojekte verwirklicht. Umgesetzt wird es von der Dänischen Wissenschaftsakademie, die die Gehälter der Industriedoktoranden mit bis zu 50 Prozent bezuschusst (siehe Interview).

In Deutschland stößt das Modell auf Skepsis. „Grundsätzlich ist Promovieren eine Vollzeitaufgabe. Und es ist sehr anspruchsvoll, das zusätzlich zum Beruf zu

schaffen“, sagt Dr. Norman Weiss, Vorsitzender des Doktoranden-Netzwerks Thesis. Bei Modellen wie dem European Industrial PhD stelle sich die Frage nach dem Grund: „Warum wollen Leute einen Dokortitel machen, die danach mit ziemlicher Sicherheit nicht Wissenschaftler bleiben und zuvor auch keinen wissenschaftlichen Werdegang eingeschlagen hatten?“ Hier dürfe man vermuten, dass es schlichtweg um den Titel gehe und der inhaltliche Mehrwert, vielleicht mit Ausnahme bei Teilneh-

„Der Dokortitel scheint fast schon eine Markenfunktion zu haben wie beim Autokauf.“

mern direkt aus Forschungsabteilungen der Industrie, eher gering sein werde.

Auch wenn das Marie-Curie-Programm in Deutschland als Forschungsförderer sehr anerkannt ist, ist das Modell des Industrial in Deutschland gar nicht so neu. Firmen lassen Mitarbeiter durchaus berufsbegleitend promovieren. Die wissenschaftliche Betreuung liegt beim Doktorvater.

Nach einer Schätzung der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) dürfte der Anteil dieser sogenannten Industriepromotionen bei den Ingenieuren

Top Jobs: Was wirklich zählt

So viel Prozent der Unternehmen legen bei der

- sich mit den Zielen des Unternehmens identifizieren
- leistungsmotiviert sind
- kommunikationsfähig sind
- sich im Unternehmen bewährt haben
- über die Fähigkeit verfügen, andere zu motivieren
- führungsmotiviert sind
- Weiterbildungsbereitschaft zeigen
- über einen Universitäts- statt über einen Fachhochschulabschluss verfügen
- einen Masterabschluss nach dem Bachelor absolviert haben
- einen Dokortitel haben

Befragung von 1.212 Unternehmen im Frühjahr/Sommer 2010
Quelle: IW Consult

im einstelligen Prozentbereich liegen. Der Normalfall ist die Promotion direkt im Anschluss an das Studium. Der European Industrial PhD wird sich aber noch aus zwei weiteren Gründen in Deutschland Akzeptanz verschaffen müssen. Einerseits gibt es hierzulande ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem angloamerikanischen PhD-Titel. Andererseits ist die Öffentlichkeit in der Post-Guttenberg-Ära sensibilisiert für Karriere-Doktoranden. Hier sei auf „eine faire und sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Industrie und Hochschule“ zu achten, die wissenschaftliche Verantwortung müsse ausschließlich beim betreuenden Hochschullehrer liegen, empfiehlt die Acatech. Sie erwähnt auch die Einschränkung bei der Themenfindung: 82 Prozent der von der Akademie befragten Industriedoktoranden sagten, sie könnten das Thema lediglich präzisieren, aber nicht bestimmen.

Die Akademie befürwortet Industriepromotionen: „Im Zuge der Bemühungen um die Forcierung lebenslangen Lernens sollte es Ingenieuren grundsätzlich möglich sein, auch zu einem späteren Zeitpunkt im Berufsleben in eine wissenschaftliche Karriere

Inge Mærkedahl ist Generalsekretärin der Dänischen Akademie für Wissenschaft, Technologie und Innovation.



agenda

hochschule

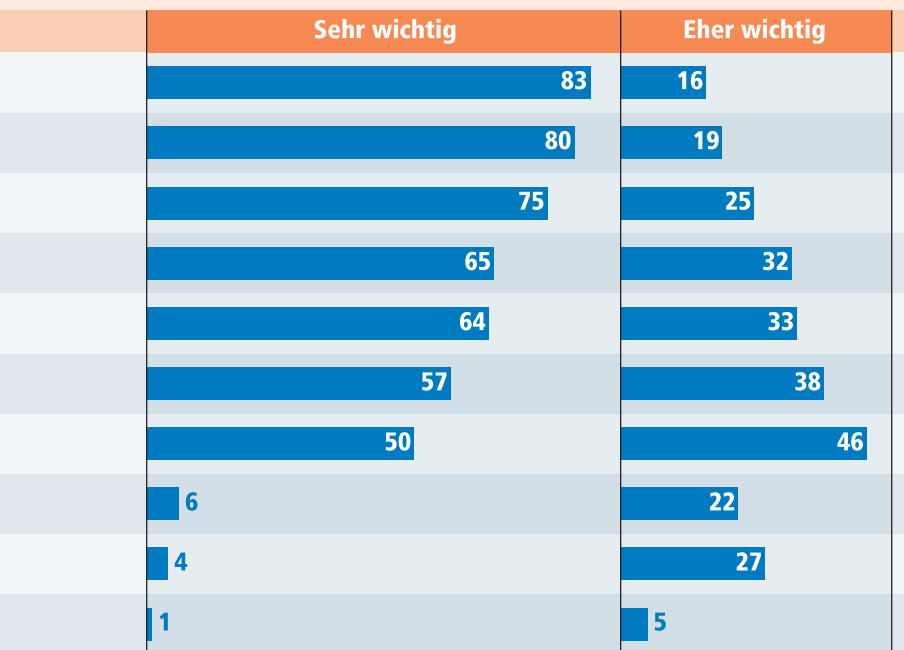
forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Besetzung von höheren Fach- und Führungspositionen Wert darauf, dass Kandidaten ...



Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 18

überzuwechseln oder eine Phase wissenschaftlicher Arbeit einzulegen.“

Der Rektor der RWTH Aachen und Vorsitzende der führenden Technischen Universitäten TU9, Prof. Dr. Ernst Schmachtenberg, sagt: „Es existiert offenbar bei vielen die Vorstellung, man müsse den Dokortitel haben, um im Beruf erfolgreich zu sein. Der Titel scheint hier fast schon eine Markenfunktion zu haben wie beim Autokauf.“ Es sei aber genau anders herum. Wer seine wissenschaftliche Befähigung durch eine Doktorarbeit nachgewiesen habe, „ist gut gerüstet für den Beruf und deshalb auch dort oft erfolgreich“. So gehen an der RWTH 90 bis 95 Prozent der regulär promovierten Ingenieure anschließend in die Industrie. Die Unis müssten darauf achten, „unter diesem akademischen Grad jene Befähigungen abzubilden, die auch erwartet werden“.

Gegenüber dem European Industrial PhD hat Schmachtenberg Bedenken: „Man muss diese berufsbegleitenden Leistungen zwar grundsätzlich anerkennen und auch bereit sein, solche Promotionsverfahren durchzuführen. Ein Dokortitel darf aber kein reiner Zierrat für den Beruf sein.“ Auch

stelle sich bei solchen externen Promotionen oft die Frage nach der individuellen Leistung, weil meist große Forschungsabteilungen von Konzernen dahinterstünden. Man müsse abwarten, wie der European Industrial PhD genau ausgestaltet werde, es sei aber nicht sinnvoll, den Trend zum berufsnahe Doktor zu beschleunigen.

Vor einer inflationären Vergabe von PhD- und Dokortitel warnte kürzlich Prof. Dr. Paula Stephan, Ökonomin an der Georgia State University in Atlanta, im Wissenschaftsmagazin Nature. In vielen OECD-Ländern, vor allem in den USA, gebe es für so viele PhD's nicht genug Stellen in der Wirtschaft. Viele Absolventen würden Jobs annehmen, für die man den Titel gar nicht benötige. „Es handelt sich um eine Verschwendung von Ressourcen. Wir geben viel Geld aus, um diese Studenten zu qualifizieren, und dann verlassen sie die Hochschulen für Jobs, die gar nicht richtig zu ihrem Niveau passen.“

→ Internet: <http://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/>

Johann Osel ist Journalist in München.

Studie

„Ich habe keine Zweifel bei der Qualität“

Die Dänische Akademie für Wissenschaft hat das Industrial PhD-Programm des Landes untersucht.

duz Weshalb ist der Industrial PhD in Ihrem Land so erfolgreich?

Mærkedahl Die Studenten im Industrial PhD bearbeiten ihr Projekt zu gleichen Teilen in einem Unternehmen und an der Universität. Diese Struktur ermöglicht es, ein wissenschaftliches Projekt in ein praktisches Umfeld zu übertragen. Der Student kann von den beiden Welten profitieren. Daher ist das Programm auch zu einem Netzwerkbeschleuniger zwischen Universitäten und Unternehmen geworden.

duz Werden nicht zu viele Absolventen ausgebildet?

Mærkedahl Unsere Analysen zeigen, dass 80 Prozent der regulären PhD's im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, 85 Prozent der Industrial PhD's in der freien Wirtschaft. Das beweist, dass die Wirtschaft nach dem Modell verlangt und dass die Industrial PhD's nicht um dieselben Jobs buhlen wie reguläre Absolventen.

duz Kritiker dürften Bedenken bei der wissenschaftliche Tiefe haben.

Mærkedahl Wir haben auch Betreuer befragt. Mehr als 80 Prozent verneinten, dass die Studenten weniger geeignet für die Forschungsarbeit seien. Zudem lässt eine 25-köpfige Forscherkommission nur solche Projekte zu, die den Anspruch klassischer Doktorarbeiten erfüllen. Die Arbeit der Doktoranden unterliegt denselben Bewertungskriterien. Deshalb habe ich keine Zweifel bei der wissenschaftlichen Qualität. Aber anwendungsbezogene Forschung ist von Natur aus etwas oberflächlicher als Grundlagenforschung und zweifellos sind die Industrial PhD-Projekte mehr an kommerziellen Zwecken orientiert. jo

→ Internet: <http://en.fi.dk/research/industrial-phd-programme>

Eine Homepage hat heute nahezu jeder Wissenschaftler, und einen Mailaccount sowieso. Trotzdem funktioniert die Kommunikation nicht immer. Neue soziale Netzwerke bringen Schwung in den Forscheraustausch.



Foto: privat

Richard Price

Benjamin Haerdle

Wissenschaftskommunikation

Richard Price ist der Mister Facebook der Forschung

Oxford Was haben der Astrophysiker Prof. Dr. Stephen Hawking, der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Paul Krugman oder der Evolutionsbiologe Prof. Dr. Richard Dawkins gemeinsam? Sie alle sind Mitglied im Forschernetzwerk Academia.edu, das Wissenschaftler rund um den Globus im Internet zusammenbringen möchte.

Die Idee dafür hatte Dr. Richard Price, als er im Jahr 2007 am All Souls College an der Universität Oxford an seiner Doktorarbeit schrieb. Thema: Die Philosophie der Wahrnehmung – wie man sichtbare und unsichtbare Eigentümer voneinander trennt. „In meinem Fach war es sehr schwer, jemanden zu finden, der in einer ähnlichen Richtung forschte“, erinnert sich Price. Seine Suche nach potenziellen Forschungspartnern verlief damals so unendlich mühsam, dass er beschloss, ein Netzwerk ganz speziell für Wissenschaftler zu gründen. Vorbilder gab es zu dem Zeitpunkt bereits. Sie heißen LinkedIn und natürlich das von Mark Zuckerberg gegründete Facebook.

„Was da funktioniert, klappt auch in der Wissenschaft“, sagte sich Price und legte los. Mit bemerkenswertem Erfolg: Bis heute sind Academia.edu rund 330 000 Wissenschaftler aus aller Welt beigetreten, Tendenz steigend. Der Promovend von damals ist heute Geschäftsführer eines Unternehmens mit Sitz in San Francisco. In Analogie zu Mark Zuckerbergs Facebook können Forscher bei Academia.edu eine persönliche

Homepage mit ihrem Forschungsprofil anlegen, das Besucher ihrerseits kommentieren können. Wer sich für das Profil interessiert, kann sich als follower eintragen. Er wird dann per Newsfeed über Neuigkeiten aus dem jeweiligen Forscherleben auf dem Laufenden gehalten: Hat der Wissenschaftler einen neuen Artikel veröffentlicht? Hält er auf einer Konferenz einen Vortrag? Geht er für ein Semester an eine andere Hochschule? „Wir wollen keine Datenbank für neueste Publikationen sein, sondern Nachrichteninhalte sämtlicher akademischer Veränderungen anbieten, die sich in der Forschung ereignen“, beschreibt Price das kostenlose Angebot. Interessant sei das besonders für Wissenschaftler, die sich weniger populären Forschungsfeldern widmen und deshalb seltener Gelegenheit haben, sich auf Tagungen zu treffen und auszutauschen.

Momentan sind es vor allem Natur- und Geisteswissenschaftler, die bevorzugt in den USA und Europa forschen und offenbar wie Price der Meinung sind, dass trotz eigener Homepage die Interaktion der Wissenschaftler noch zu schleppend funktioniert. Um das zu beheben, ist Academia.edu aber nicht das einzige soziale Netzwerk für Wissenschaftler auf dem Markt. Auch andere Internetseiten wie Researchgate buhlen um die Gunst der Forscher, sich im Netz zu präsentieren und miteinander in Kontakt zu kommen.

Kontakt

Dr. Richard Price
Geschäftsführer Academia.edu
Telefon: +1 415 829 2341
Mail: richard.price@all-souls.ox.ac.uk
Internet: <http://academia.edu>

.....
 Dominique Ristori leitet die Generaldirektion des Joint Research Centre in Brüssel.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Wissensmanagement

Netzwerk für Software-Experten

Warschau/Dublin Von der Budgetplanung über die Studierendenverwaltung, dem Projekt- und Forschungsmanagement bis hin zur Raumplanung und zum E-Learning: An Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen geht heute nichts mehr ohne funktionierende IT-Lösungen. Doch welches Campus-Managementsystem ist das richtige?

Das ist die große Frage, die sich für IT-Experten an Hochschulen immer wieder neu stellt. Doch genau da ist guter Rat teuer und schwer zu finden. Die European University Information Systems (Eunis) kann weiterhelfen. „Über Eunis können die Fachleute gemeinsam Lösungen für IT-Probleme finden“, sagt Eunis-Präsident Prof. Dr. Jan Madey. Der Informationswissenschaftler leitet das Center für Open and Multimedia der Universität Warschau und steht dem europaweiten Verbund von IT-Experten aus Hochschulverwaltung und Wissenschaft mittlerweile seit zwei Jahren vor.

Mitte Juni besteht die Möglichkeit, das Netzwerk näher kennenzulernen. Von 15. bis 17. des Monats findet in Dublin die diesjährige Eunis-Jahrestagung statt. Bis zu 350 Teilnehmer erwartet Madey. Etwa 130 Mitglieder zählt der Verband. Der Austausch der Mitglieder erfolgt vor allem über Projektteams. Besonders aktiv sind derzeit die Arbeitsgruppen zu E-Learning und zu Softwaresystemen, die sich mit dem Austausch von Daten zu Studierenden und Hochschulpersonal beschäftigen. Für das beste E-Learning-Projekt vergibt die Gesellschaft, die auch regelmäßig IT-Seminare anbietet, jährlich einen Preis. Er ist undotiert. Der Jahresmitgliedspreis beläuft sich auf 300 Euro. hbj

Kontakt

Prof. Dr. Jan Madey
 European University Information
 Systems (EUNIS)
 Telefon: +48 22 5520774
 Mail: president.eunis@uw.edu.pl
 Internet: www.eunis.org

Ressortforschung

EU-Forschungsstelle setzt auf Kooperation mit den Akademien und den Hochschulen

Seit Jahrzehnten leistet sich das vereinigte Europa mit dem Joint Research Centre (JRC) eine gemeinsame Forschungseinrichtung. Dominique Ristori leitet das JRC seit einem halben Jahr. Was hat er vor?

Brüssel Rund 2800 Beschäftigte, verteilt auf sieben Institute in fünf Ländern – das JRC, in Deutschland auch als Gemeinsame Forschungsstelle bekannt, ist kein kleiner Laden und einflussreich: „Der JRC soll die wissenschaftliche Basis für politische Entscheidungen liefern“, sagt Dominique Ristori. Ende vergangenen Jahres übernahm der Politikwissenschaftler das JRC-Generaldirektorat und gehört seitdem zu den Schlüsselfiguren der Debatte zum künftigen Forschungsraum Europa.

Die EU-Strategie 2020 und das nächste Forschungsrahmenprogramm sind die wichtigsten Themen, mit denen sich der JRC-Chef in diesem Jahr beschäftigt. Das will er allerdings nicht als stiller Drahtzieher im politischen Hintergrund tun. Er will vielmehr die Bürger mobilisieren und dazu ermuntern, bestehende Mitspracherechte auch wahrzunehmen.

Bislang übernimmt das JRC die Ressortforschung der EU-Kommission. Dafür stehen ihr jährlich rund 330 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt werden über das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm bis zum Jahr 2013 rund 2,2 Milliarden Euro ins JRC fließen. Dessen Zentrale sitzt in Brüssel und ist EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn direkt unterstellt. Die eigentliche Forschungsarbeit findet an den sieben JRC-Instituten statt, die in Italien, Belgien, Spanien, den Niederlanden und in Deutschland verteilt sind. So beschäftigen sich beispielsweise im baden-württembergischen Eggenstein-Leopoldshafen bei Karlsruhe rund 350 Mitarbeiter am Institut für Transurane mit der Grundlagenforschung radioaktiver Elemente. Die anderen JRC-Institute widmen sich den Themen Sicherheitsforschung, Energie, Gesundheit, Umwelt, technologische

Zukunftsforschung sowie Referenzmaterialien und -messungen.

Unter Ristori sollen sich die Institute stärker vernetzen: „Wir werden eine engere Kooperation vor allem mit den Mitgliedsstaaten und der Wissenschaftscommunity und somit den Hochschulen und den wissenschaftlichen Akademien entwickeln“, sagt er. Auch werde das JRC deutlich mehr Eigeninitiative zeigen. „Wir müssen mehr Kompetenzen aufbauen, um zum Beispiel Zukunftsperspektiven und Trends in der Forschung zu erarbeiten, damit die Politik baldmöglichst darauf reagieren kann“, sagt Ristori. Der gebürtige Franzose kennt sich im Brüsseler Verwaltungsapparat bestens aus. Bereits im Jahr 1978 startete er seine Beamtenlaufbahn in der EU-Verwaltung als Assistent des Generaldirektors in der Generaldirektion Personal und Verwaltung. Danach durchlief er mehrere Generaldirektionen. Der 1952 geborene Politikwissenschaftler will nun die wissenschaftliche und interdisziplinäre Expertise des JRC besser von den europäischen Institutionen und der Öffentlichkeit genutzt sehen. Ristori: „Die Herausforderung ist, das JRC bekannter zu machen.“

Profitieren könnten davon auch deutsche Forschungseinrichtungen. Eine Kooperation mit den JRC-Instituten kann attraktiv sein, weil diese über einige kostenintensive Großgeräte wie Forschungsreaktor und Teilchenbeschleuniger verfügen. Löhnen kann sich auch ein Blick auf die JRC-Homepage. Regelmäßig veröffentlicht der JRC Stipendienangebote für Doktoranden und Postdocs. Auch für Verwaltungspersonal finden sich offene Stellen. hbj

Kontakt

Dominique Ristori
 Generaldirektor Joint Research Centre
 Telefon: + 32 2 297 41 81
 Mail: jrc-info@ec.europa.eu
 Internet: <http://ec.europa.eu/dgs/jrc/index.cfm>



Foto: EU

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy wünscht sich eine europäisch-chinesische Hochschule.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Internationale Kooperation

EU will Universität in China gründen

Peking EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat bei seinem Treffen mit Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao Mitte Mai in Peking vorgeschlagen, eine Europäisch-Chinesische Universität zu gründen. Ziel sei dabei vor allem, den Studentenaustausch zu erhöhen, sagte Van Rompuy. „Wir brauchen mehr europäische Studenten in China und mehr chinesische Studenten in Europa“, sagte er. Gegenwärtig studieren 220 000 Chinesen in Europa, während es in China nur 20 000 europäische Studenten gibt. Die chinesische Regierung will die Idee ernsthaft prüfen. Van Rompuy regte an, die bereits bestehende China-Europe International Business School (CEIBS) in Shanghai und die China-EU School of Law (CESL) in Peking zusammenzuführen und durch andere Fachbereiche wie Journalismus und Kommunikation oder Internationale Beziehungen zu ergänzen. Auch EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn rief Ende Mai bei ihrem China-Besuch europäische und chinesische Forscher auf, stärker zusammenzuarbeiten. ce

→ Internet: <http://eeas.europa.eu>

Mobilität

Jeder zweite Bulgare studiert im Ausland

Sofia Rund 80 000 bulgarische Studenten gehen lieber an europäische Hochschulen außerhalb ihres Landes. Das sind 50 Prozent aller Abiturienten Bulgariens. Diese Zahlen präsentierte die Präsidentin der Universität Varna, Prof. Dr. Anna Nedyalkova, Anfang Mai auf einem Bildungsforum in Sofia. In Deutschland studieren schätzungsweise 12 500 Bulgaren. In Großbritannien hat sich ihre Zahl in den vergangenen drei Jahren verdreifacht. Dort finanzieren 96 Prozent ihr Studium über Darlehen. 86 Prozent kehren nicht in ihre Heimat zurück. Umgekehrt sind in Bulgarien nur etwas mehr als 10 000 ausländische Studierende eingeschrieben.

Bildungsminister Sergey Ignatov forderte die Universitäten auf, mit Auslandsbüros um auswärtige Studenten zu werben. Diese Bemühungen dürften allerdings schwierig werden, wie eine Mitte Mai veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage im Rahmen der EU-Strategie „Jugend in Bewegung“ zeigt. Danach ist Geldmangel ein Hauptproblem für Mobilität. Mehr als die Hälfte finanziert ihren Auslandsaufenthalt privat, nur 15 Prozent werden durch EU-Programme wie Erasmus gefördert. ce

→ Internet: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm europa.eu;

Plagiatsfall

Bericht: EU-Kommissar Hahn hat abgeschrieben

Wien Die Doktorarbeit des EU-Kommissars und früheren österreichischen Wissenschaftsministers Johannes Hahn (ÖVP) soll zahlreiche Plagiate enthalten. Das geht aus einem Bericht des Medienwissenschaftlers Dr. Stefan Weber hervor, der im Auftrag der Grünen erstellt und Ende Mai vorgestellt wurde. Gut 17 Prozent der Dissertation aus dem Jahr 1987 sollen abgeschrieben sein. Laut Weber tauchen auf 64 Seiten 76 Plagiatsfragmente auf. Hahns Arbeit umfasst insgesamt 254 Seiten. ÖVP-Chef Dr. Michael Spindelegger will mit möglichen Reaktionen allerdings auf das Gutachten der Uni Wien warten, das im Herbst vorliegen soll. rk

Konsultation

Ideen für Europas Elite-Institut gesucht

Budapest Noch bis zum 30. Juni können Vorschläge zur künftigen strategischen Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) eingereicht werden. Ziel des EIT ist es, Synergien zwischen Bildung, Forschung und Innovation in Europa zu schaffen. Drei Netzwerke zu den Themen Energie, Klima sowie Informations- und Kommunikationstechnologie werden bereits unterstützt. Die Ausrichtung

bis zum Jahr 2020 wird jedoch erst durch das Ergebnis der öffentlichen Konsultation, eine unabhängigen Evaluation und EIT-eigene Vorschläge bestimmt. Im Dezember soll die Agenda von der Kommission vorgestellt werden. ce

→ Internet: <http://eit.europa.eu>

Katastrophenhilfe

Japan lockt Studenten

Tokio Japan will ausländische Studierende, die nach dem Erdbeben im März das Land verlassen haben, wieder ins Land zurückholen. Nach einer Umfrage von Ende April sind 4300 ausländische Studierende bislang noch nicht zurückgekehrt. Insbesondere private Hochschulen fürchten nun um ihre finanziellen Einkünfte aus den Studiengebühren. Um ihnen die Entscheidung zur Rückkehr zu erleichtern, werden ausländische Studierende finanziell unterstützt. Das japanische Wissenschaftsministerium kommt zudem für die Flugkosten jener Studenten auf, die ein öffentliches Stipendium erhalten. Darüber hinaus wird auch den von der Katastrophe betroffenen japanischen Hochschulen Hilfe aus dem Ausland zuteil. So ruft unter anderem die Deutsche Gesellschaft der Japan Society for Promotion of Science (JSPS) zu Spenden auf. Das Geld soll für den wissenschaftlichen Austausch mit Wissenschaftlern eingesetzt werden. ce

→ Internet: www.jspcs-club.de

Finanzkrise

Größte griechische Uni steht vor dem Aus

Thessaloniki Die größte Universität Griechenlands mit 2500 Angestellten und 85 000 Studierenden steht vor dem Aus. Wie der Präsident und Rektor der Aristoteles Universität in Thessaloniki, Prof. Dr. Giannis Mylopoulos, Mitte Mai verkündete, könne der Lehrbetrieb mit den vom Staat für dieses Jahr bewilligten 24,7 Millionen Euro nur noch bis Juni durchgehalten werden. Gegenüber dem letzten Jahr

Gleich und Gleich gesellt sich gern! Den Wahrheitsgehalt dieser Redewendung belegt eine US-Studie: Menschen gehen am ehesten auf Leute mit gleichem sozialen Status zu. Wer sich auf den oberen sozialen Stufen wähnt, schaut gern noch höher. Foto: fotolia

→ Internet: www.cell.com/current-biology → „Subjective Socioeconomic Status ...“

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

sei das Budget insgesamt um 54 Prozent gekürzt worden. Auch international habe man „sich lächerlich gemacht“, sagte Mylopoulos, da das Bildungsministerium die Mittel für Doktorandenstudien in Zusammenarbeit mit ausländischen Unis nicht freigebe. ce

→ Internet: www.auth.gr

Betrug

Forschungsgelder in großem Stil veruntreut

Mailand/Brüssel Dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung OLAF ist Anfang Mai in Italien ein Schlag gegen international agierende Betrügernetzwerke gelungen. 23 Verdächtige wurden von den italienischen Behörden identifiziert, die sich 53 Millionen Euro für 22 grenzüberschreitende Forschungsprojekte auf kriminelle Weise erschlichen haben sollen. Die EU-Kommission, OLAF sowie die italienischen Behörden hätten über Jahre eng zusammengearbeitet, um die Täter zu überführen, hieß es aus der Behörde. Man habe EU-weit agierende Unternehmensnetzwerke aufgedeckt, die sich auf organisierte Weise Mittel für nicht erbrachte Leistungen erschlichen hätten. Jeweils fiktive Unternehmen seien dafür als Partner von Forschungsprojekten aufgetreten. Ziel sei es gewesen, die Kontrollmechanismen der Kommission zu hintergehen. Die Untersuchungen werden in Griechenland, Österreich, Schweden und Polen fortgeführt. ce

→ Internet: http://ec.europa.eu/anti_fraud

Umfrage

Vertrauen in Renomee der US-Hochschulen sinkt

Washington Zweifel am eigenen Hochschulsystem treiben die US-Öffentlichkeit und die führenden Köpfe der US-Hochschulen um. Im Mai präsentierte das Pew Research Center in Kooperation mit dem Chronicle of Higher Education Ergebnisse aus zwei Studien. Die Befragung von über tausend Hochschulpräsidenten zeigt: Mehr

als ein Drittel ist der Überzeugung, die von ihnen geleiteten Institute steuerten in die falsche Richtung. Zudem steigt die Angst vor internationaler Konkurrenz und schlechter werdenden Studierenden. Besonders auffällig ist für die befragten Hochschulmanager, dass das Hochschulsystem durch die unterschiedliche finanzielle Ausstattung immer stärker fragmentiert wird. Die Umfrage bei über 2000 Menschen ergab darüber hinaus, dass drei Viertel der Meinung seien, höhere Bildung sei für die meisten US-Amerikaner zu teuer. ce

→ Internet: <http://pewresearch.org>

Wettbewerb

Eine Milliarde Euro für die Lehre bis 2016

Berlin 111 Hochschulen erhalten in den kommenden fünf Jahren mehr Geld für die Verbesserung der Lehre. Das ist das Ergebnis der ersten Vergaberunde im Qualitätspakt Lehre, das Mitte Mai vorgestellt wurde. Bis zum Jahr 2016 stellt der Bund den ausgewählten Hochschulen zusätzlich 600 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Geld können zum Beispiel Professorenstellen

eingerrichtet werden. Die Förderung dieser dritten Säule des Hochschulpakts startet zum Wintersemester 2011. Für eine weitere Auswahlrunde stehen bis 2016 weitere 400 Millionen Euro zur Verfügung. rk

→ Internet: www.bmbf.de/de/15375.php

Politikberatung

Ian Chubb ist Australiens Chef-Wissenschaftler

Canberra Der Neurowissenschaftler Prof. Dr. Ian Chubb hat Ende Mai die Funktion als Chief Scientist in Australien angetreten. Seine Aufgabe ist es, der Regierung mit unabhängigem Rat zur Seite zu stehen. Chubb werden als ehemaligem Präsidenten der Australian National University nationale und internationale Erfahrungen zugeschrieben. Für drei Jahre stand er der International Alliance of Research Universities vor. Er bezeichnete nach seiner Ernennung die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik als eine, die durchaus nicht überschritten werden dürfe. Chubbs Vorgängerin Prof. Dr. Penny Sackett trat im Februar relativ glücklos zurück. ce

→ Internet: www.chiefscientist.gov.au

Protest

Spanier prangern Korruption der Eliten an

Murcia Die Jugend Spaniens ist Ende Mai nicht nur wegen hoher Arbeitslosigkeit, sondern auch wegen der Korruption im Land auf die Straße gegangen. Das Problem macht auch nicht vor den Hochschulen halt. Das zeigte die Debatte in Spanien über den an der Universität Murcia und am Wolfson College in Cambridge lehrenden Prof. Dr. José Penalva. Sein im April erschienen Buch „Korruption an der Universität“ kritisiert Verwehungen zwischen Hochschulen und Politik. Inzwischen sind unter anderem wegen Abwesenheit Disziplinarmaßnahmen gegen ihn eingeleitet worden. Penalva sieht den wahren Grund

.....
José Penalva kritisiert Verwehungen zwischen Hochschulen und Politik.

dafür in seinem Buch. Die Uni weist diesen Zusammenhang von sich. ce

→ Penalvas Buch: www.ciudadela.es/cream/?page=1&codigo=100124.es



Bildungsministerin Schavan hat bereits seit April ein Elektroauto in ihrer Dienstwagenflotte.



Foto: BMBWF

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Urheberrecht

Europäische Kommission legt neue Strategie vor

Brüssel Geistiges Eigentum soll in Europa künftig besser geschützt werden. Der technologische Wandel und die Bedeutung des Internets machten dies nötig, teilte die Europäische Kommission Ende Mai mit und legte zugleich eine entsprechende Strategie vor. Reformieren will die EU die Rechte an literarischen Werken, an Erfindungen sowie an Worten oder Symbolen. Noch vor 2014 sollen die Pläne konkretisiert sein. rk

→ Internet: http://ec.europa.eu/news/business/110524_de.htm

Berufungsmanagement

Qualitätscheck im Internet

Gütersloh Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bietet Verantwortlichen von Berufungsprozessen einen Online-Selbsttest an. Darin erhalten sie anonym und kostenlos Hinweise zur Qualität ihrer Berufungspraxis. Mit seiner Kompetenz im Hochschul-Ranking unterstützt das CHE zudem die spanische Stiftung Fundación Conocimiento y Desarrollo, die künftig Universitäten bewerten will. rk

→ Internet: www.che-concept.de

Wissenschaftsjahr

Deutsche und Russen planen Junge Akademie

Berlin / Moskau Im Bereich Bildung und Forschung wollen Deutschland und Russland ihre Zusammenarbeit ausbauen. Das haben die Bildungsministerien beider Länder Ende Mai bekannt gegeben. Zum Auftakt des deutsch-russischen Jahrs der Bildung, Wissenschaft und Innovation waren sich beide Seiten auch darüber einig, eine Junge Akademie zu gründen. Sie soll künftig Nachwuchswissenschaftler beider Länder zusammenbringen. rk

→ Internet: www.deutsch-russisches-wissenschaftsjahr.de

Regierungsprogramm

Elektromobilität wird künftig stärker gefördert

Berlin Mitte Mai hat das Bundeskabinett sein Regierungsprogramm zur Elektromobilität verabschiedet. Damit sollen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieser Technologie in den kommenden Jahren gesetzt werden. Unter anderem ist eine stärkere Förderung der Forschung geplant. Ein Ziel der Bundesregierung ist es, dass im Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen fahren. Bereits im April übernahm Forschungsministerin Dr. Annette Schavan ein Elektrofahrzeug in die Dienstwagenflotte ihres Ministeriums. rk

Föderalismus

Fraktionen für Ende des Kooperationsverbots

Berlin Sowohl die SPD- als auch die FDP-Bundestagsfraktion wollen das Kooperationsverbot beenden. Die SPD-Fraktion will dazu Mitte Juni einen Antrag im Bundestag

Forschungsrahmenprogramm

2000 Antworten auf öffentliche Konsultation

Brüssel Die Debatte zum nächsten Forschungsrahmenprogramm (2014 - 2020) geht in die entscheidende Phase. Die öffentliche Konsultation ist im Mai beendet worden. Wie die Europäische Kommission Ende Mai mitteilte, erhielt sie in diesem Verfahren 1300 ausgefüllte Online-Fragebögen sowie 700 Positionspapiere zum Beispiel von Hochschulen und Forschern. Die Website zu den Konsultationen verzeichnete 90 000 Besuche.

Die Auswertung der Konsultationen will die Kommission am 10. Juni vorstellen. Dann soll auch der Name des neuen Forschungsrahmenprogramms bekannt gegeben werden, das dem 7. Forschungsrahmenprogramm nachfolgt. Am 29. Juni wird dann die Europäische Kommission ihren

einbringen. Kernforderung sei, dass zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungsbereich von Bund und Ländern geschaffen würden, teilte Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) mit. Auch die FDP will Bildungsinvestitionen im Einvernehmen mit den Ländern erleichtern. rk

Forschungskooperation

Promovierende an Fachhochschulen

Berlin Das Bundesforschungsministerium fördert künftig sieben gemeinsame Forschungskollegs von Fachhochschulen (FH) und Unis, in denen FH-Absolventen promovieren können. Damit wolle man die Wahrnehmung ändern, sagte Ministerin Dr. Annette Schavan Mitte Mai: „Auch mit einem Fachhochschulabschluss lässt sich ein Dokortitel machen.“ Die genauen Fördersummen stehen noch nicht fest. Sie können pro Jahr pro Projekt bis zu 600 000 Euro betragen. Das Ministerium folgt mit dem Programm Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Kooperation von Unis und Fachhochschulen in der Doktorandenausbildung. rk

Entwurf der mehrjährigen Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 bekannt geben. Darin werden auch die geplanten Ausgaben für Forschung und Entwicklung enthalten sein. Beobachter in Brüssel gehen davon aus, dass der Forschungsetat trotz der Haushaltskrise deutlich steigen könnte. Im 7. Forschungsrahmenprogramm, das noch bis zum Jahr 2013 läuft, lagen die Haushaltsmittel für Forschung und Entwicklung bei rund 53 Milliarden Euro. Einige neue EU-Mitgliedsstaaten drängen derzeit darauf, nicht nur Exzellenz-, sondern auch geografische Kriterien zum Maßstab bei der Verteilung von EU-Mitteln für die Forschung zu machen. rk

→ Internet: http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm?pg=responses

67. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Prusky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prusky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de

Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de

Christine Xuân Müller (cxm), Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de

Redaktionsassistent: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axeptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Frank van Bebber (fvb), Benjamin Haerdle (hbj), Marion
Hartig (mh), Eva Keller (eke), Textagentur Café Europe

Titelfoto:

picture alliance/Patrick Pleul

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Prusky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Layout:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Anke Weltzien, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2011.

Kundenservice und Unternehmenssatz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotenbühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben
im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA).
Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro, der
Halbjahresbezugspreis 68 Euro (für Studierende,
Promovenden und Referendare 35 Euro). Alle
Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer
und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die
Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu
abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro
(für Studierende, Promovenden und Referendare 35
Euro). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim
Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung
wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr)
gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere
Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung
des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist
eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages
strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des
Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages
dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie
Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion
angehören, kann keine Haftung übernommen werden.
Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit
zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung
nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbe-
anzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Staat soll landesweite Prüfung einführen

Amsterdam In den Niederlanden ist die Fachhochschule Inholland in Kritik geraten. Die Qualität litt nach der Fusion von acht Standorten, der Chef bezog ein zu hohes Gehalt, Studenten betrogen bei Prüfungen. Nun müsse der Staat eingreifen, meint De Volkskrant: „Nur die Entflechtung der Riesenhochschule hin zu übersichtlichen Instituten kann Inholland wieder auf die richtige Bahn bringen. (...) Auch braucht es wieder Ordnung. Inholland funktionierte angeblich wie ein Unternehmen, doch es gab weder Markt noch Wettbewerb. (...) Die Politik muss nun eingreifen, wo es am effizientesten ist: am einen Ende bei den Lehrplänen, am anderen Ende bei den Examen. Wenn etwas konsistente Qualität garantiert, dann ist es eine landesweite Prüfung. (...) Und Bildungsmanager sollen künftig den Geschäftsführer ersetzen, mit normalem Lohn statt einem marktgerechten.“

(De Volkskrant, 17. Mai 2011)

→ Internet: www.volkskrant.nl

Pharma-Industrie nutzt Magazine für Marketing

London Die Chefredakteurin des British Medical Journals, Dr. Fiona Godlee, kritisiert in der Times Higher Education ihre Branche: „Manche Fachzeitschriften stehen den dubiosen Praktiken der Pharma-Industrie naiv gegenüber. (...) Um jeden Preis wollen diese ihre Resultate öffentlich positionieren. Zeitschriften bieten dafür einen effektiven Weg. Es wird behauptet, sie seien ein verlängerter Marketing-Arm der Pharma-Industrie, und in erheblichem Ausmaß ist das wahr. (...) Die Möglichkeiten der Gutachter sind beschränkt, denn Zeitschriften sind auf das angewiesen, was Autoren zusenden. (...) Verleger profitieren davon, doch ich glaube nicht, dass die Wissenschaft davon profitiert.“

(Times Higher Education, 19. Mai 2011)

→ Internet: www.timeshigher-education.co.uk

Österreich stöhnt unter Last der EU-Studenten

Wien Österreichs Wissenschaftsminister Prof. Dr. Karlheinz Töchterle (ÖVP) setzt neben nationaler Studienplatzfinanzierung, die zur Zeit erarbeitet wird, auch auf eine europäische Lösung. Der Wiener Zeitung sagte er: „Es dürfte sehr schwierig sein, aber man muss es thematisieren. Österreich beherbergt viele Studierende aus der EU, das ist natürlich auch mit einem Finanzbedarf verbunden. Wenn es Studiengebühren gäbe, hätte jeder die Möglichkeit, etwas zur Finanzierung des Systems, das er in Anspruch nimmt, beizutragen – auch die ausländischen Studierenden. Klar ist, dass man die Unis nicht sofort auf eine Studienplatzfinanzierung umstellen kann. Das muss man sukzessive einführen. (...) Klar ist auch, dass die Studienplatzfinanzierung eine Begrenzung der Studienplätze impliziert.“

(Wiener Zeitung, 20. Mai 2011)

→ Internet: www.wienerzeitung.at

Universitäten tragen Verantwortung

Kopenhagen In Dänemark sind Universitäten wegen undurchsichtiger Vergabe von Forschungsmitteln in die Schlagzeilen geraten. Sie müssen ihre Verantwortung besser wahrnehmen, schreibt Michael Böss, Dozent an der Universität Aarhus, in Berlingske Tidende: „Die Universität ist eine der Schlüsselinstitutionen der Gesellschaft. Sie trägt Mitverantwortung für die Stärkung des sozialen Kapitals. (...) Wir müssen verstehen, dass unsere Verantwortung nicht nur darin besteht, dass wir zum Wirtschaftswachstum beitragen, sondern auch zur Aufklärung der Bevölkerung und demokratischen Bildung. (...) Dazu gehört, dass wir wissenschaftliche Ergebnisse mit anderen teilen, darunter auch mit der Wirtschaft und den Behörden. Aber das darf nicht auf Kosten der Offenheit und der Transparenz geschehen.“

(Berlingske Tidende, 11. Mai 2011)

→ Internet: www.b.dk

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Die Aula Leopoldina ist das Prunkstück der Universität Breslau. Seit 2002 beherbergt die Uni das Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien.



Foto: Wikimedia

von Jan und Katarzyna Opielka

20 Jahre Nachbarschaftsvertrag

Deutschland und Polen wollen bei Bildung stärker zusammenarbeiten

Berlin/Warschau Vor 20 Jahren, am 17. Juni 1991, haben Polen und Deutschland einen Vertrag über gute Nachbarschaft unterzeichnet. Zwischen den Hochschulen beider Länder könnte sich diese Nachbarschaft künftig noch verbessern. Eine im April verabschiedete Hochschulreform sieht vor, das polnische System stärker zu dezentralisieren. Kooperationen mit deutschen Unis könnten dadurch einfacher werden. Bereits in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das polnische Hochschulsystem stark verändert. Die Zahl der Studierenden und der Hochschulen ist enorm gestiegen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich wird nun auch politisch stärker in den Mittelpunkt gerückt. Im vergangenen Januar traf sich erstmals der deutsch-polnische Ausschuss für Bildungszusammenarbeit. Eine von drei Arbeitsgruppen widmet sich dabei den Hochschulen, erste konkrete Ziele werden im Juni in Warschau vorgestellt. „Es geht zunächst darum, den Sachstand zu analysieren, und erst in einem zweiten Schritt Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln“, berichtet Ausschussmitglied Dr. Heidi Haschke, Ministerialrätin im Bildungsministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Im Vordergrund stehe dabei der Aspekt der Bildung, nicht der Forschung. „Wir können jedoch wegen der Hochschulautonomie in beiden Ländern nur Empfehlungen formulieren“, sagt Haschke.

Die Wissenschaftssysteme beider Staaten sind bislang alles andere als kompatibel. Da

könnte sich etwas ändern. Zwar ist im zentralistischen Polen die Hochschulbildung komplett dem Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung in Warschau unterstellt. Doch die im April von Polens Präsident Bronisław Komorowski unterzeichnete Hochschulreform – die zweite nach 2010 – räumt den Hochschulen künftig mehr Autonomie ein und überlässt den Einrichtungen die Etablierung neuer Studiengänge, solange sie sich am Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) orientieren.

Durch diese Dezentralisierung werden die Hochschulen selbstständiger. Die Reform löst zwar nach Meinung der meisten Beobachter nicht alle Probleme der polnischen Hochschulen (siehe Interview). Sie zielt, so die einhellige Meinung, aber insgesamt in die richtige Richtung. Denn sie bricht die starren zentralen Strukturen auf und öffnet neue Kooperationswege zur Wirtschaft und ins Ausland.

Auch Einrichtungen wie das Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (NCBiR) werden flexibler. Dieses hat sich auf die Fahnen geschrieben, insbesondere angewandte Forschung im Bereich neuer Technologien zu fördern und sie über nationale und internationale Projekte direkt für Innovationen in der Wirtschaft fruchtbar zu machen. „Denn es ist bislang ein großes Manko der polnischen Forschung, dass die Einrichtungen ihre Ergebnisse nicht adäquat umsetzen können“, sagt Cezary Błaszyk, Teamkoordinator für internationale Zusammenarbeit beim NCBiR. Aktuell bereitet das



Fotos: Commons Wikimedia

Hochschulen

In Polen gibt es über 450 Hochschulen, darunter über 130 staatliche und mehr als 320 private Hochschulen. Sie werden in fünf Arten unterteilt: Universitäten, Technische Universitäten, Polytechnika, Akademien sowie Kollegs. Letztere sind Fachhochschulen, die Studierende für das Lehramt ausbilden. Das Hochschulsystem orientiert sich am europäischen mit Bachelor- und Masterabschlüssen. Polen ist seit 1999 Mitglied des Bologna-Prozesses. Momentan gibt es fast zwei Millionen Studierende.

Bildungshaushalt

Das Wissenschaftsministerium stellt den Hochschulen in diesem Jahr etwa 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Zudem bekommen die Hochschulen über das Ministerium Geld aus den drei EU-Programmen Innovative Wirtschaft, Humankapital sowie Infrastruktur und Umwelt.

Zentrum etwa eine Ausschreibung mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) zum Thema nachhaltige Entwicklung vor.

Was allerdings weiterhin in Polen fehlt, ist „eine Organisation wie der Deutsche Akademische Austauschdienst, der aktiv junge Studierende unterstützen würde und natürlich auch für die polnischen Hochschulen im Ausland wirbt“, sagt Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Breslau. Es sei „höchste Zeit“, in Polen ein Pendant zum DAAD aufzubauen.

Trotz der bildungspolitischen Gegensätze zwischen dem zentralistischen Polen und



Janusz Żmija ist Vizepräsident der polnischen Hochschulrektorenkonferenz (KRASP) und Rektor der Landwirtschaftsuniversität in Krakau.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Sicht der Hochschulen

„Die Rektoren erhalten künftig mehr Rechte“

Die aktuelle Hochschulreform wird dazu führen, dass durchschnittliche private Hochschulen schließen müssen, sagt Prof. Dr. Janusz Żmija.

duz Wie bewerten Sie die aktuelle Hochschulreform?

Żmija Sie stärkt deutlich die Rolle der Hochschulrektoren, was ich sehr positiv sehe. Fachbereichsräte und Senate können zwar nach wie vor ihre fachlichen Positionen einbringen, doch die Rektoren erhalten in Strategie- und Führungsfragen mehr Spielraum und Rechte. Außerdem soll durch die Reform künftig die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft enger werden. Das wird zu einer besseren Entwicklung der Lehre und Forschung führen.

duz Welche Veränderungen fehlen im Reformgesetz?

Żmija: Die Rektorenkonferenz hat gefordert, das Regelstudium schon im ersten Fach gebührenpflichtig zu machen, damit die Studierenden sich mehr anstrengen. Doch dafür wäre eine Verfassungsänderung nötig. Dazu ist keine Partei bereit. Unerhört blieb auch unsere Forderung, dass das Prozedere bei der Habilitation vereinfacht wird. Leider wurde das aber durch die Reform eher komplizierter.

duz Werden alle Hochschulen von der Reform profitieren?

Żmija: Bislang arbeiteten polnische Hochschulen schwerpunktmäßig in der Grundlagenforschung. Künftig soll angewandte Forschung mehr Gewicht bekommen. Doch sowohl die Förderung von Exzellenz als auch die künftige Einschränkung für das akademische Personal, nicht mehr an mehreren Einrichtungen gleichzeitig tätig sein zu können, wird dazu führen, dass viele der eher durchschnittlichen privaten Hochschulen schließen werden. Der Rückgang der Studierendenzahlen wird ein Übergang dazu beitragen. jop

→ Internet: www.krasp.org.pl/en

dem föderalen Deutschland sind seit 1991 die Beziehungen zwischen den Hochschulen und ihren Wissenschaftlern ausgebaut worden. Die 1991 in Frankfurt/Oder gegründete Europa-Universität Viadrina hat sich der deutsch-polnischen Zusammenarbeit verschrieben, polnische Studierende bilden in Deutschland die drittgrößte Gruppe unter den Bildungsausländern und die Polnische Akademie der Wissenschaften hat eine Dependence in Berlin eröffnet. Auch Forschungsoperationen zwischen beiden Ländern nehmen zu. Allein die deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung hat seit 2008 rund 70 wissenschaftliche Projekte gefördert und Mittel in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro bewilligt.

„Ich bewerte die Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Universitäten sehr positiv“, sagt Krzysztof Ruchniewicz. Seine Universität in Breslau hat vor kurzem den Studiengang „Europäische Diplomatie“ neu aufgelegt und sucht nun nach Kooperationsmöglichkeiten mit der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder.

Die Uni Breslau ist eine von Polens rund 130 staatlichen Hochschulen. Daneben gibt es noch über 320 private Hochschulen, die zumeist gebührenpflichtige Bachelor-Studiengänge anbieten. Der Boom der Privaten geht auf die massiv gestiegene Zahl der Studierenden zurück, die sich zwischen 1991 und 2010 von rund 400 000 auf knapp zwei Millionen fast verfünffacht hat. Etwa ein

Drittel davon lernt in den Privatakademien. Möglich wurde das durch die Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte, in denen sukzessive der Anteil an Studienanfängern eines Jahrgangs erhöht wurde. Mittlerweile liegt er bei 83 Prozent und damit deutlich über dem OECD-Schnitt von 56 Prozent und dem deutschen von 36 Prozent (Stand: 2008). Immerhin 50 Prozent der jungen Polen schließen ihr Studium auch ab.

Jan und Katarzyna Opielka sind Journalisten in Marburg und Gliwice.

Die Ministerin

Barbara Kudrycka

Die 55-jährige Rechts- und Verwaltungswissenschaftlerin ist seit 2007 Ministerin für Wissenschaft und Hochschulbildung in der Regierung von Donald Tusk. Das Ministerium gibt es seit 2006. Von 2004 bis 2007 war sie für die regierende Bürgerplattform im Europäischen Parlament.

Foto: Ministerium



Ausbildung

Kudrycka promovierte 1985, zehn Jahre später habilitierte sie in der Rechtswissenschaft. Sie war Präsidentin des Netzwerks NISPAcee (The Network of Institutes and Schools of Public Administration in Central and Eastern Europe) und ist Mitglied von Transparency International Polska sowie von Amnesty International.

duz

UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 24. Juni
kommt das neue:

MAGAZIN

Nachrichten für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Die Freiheit, die wir meinen: Was bedeutet Autonomie für die Hochschulen von heute?
- Ein Sack voller Geld an der Uni: Wie die großzügig ausgestatteten Humboldt-Professoren integriert werden.



Weltweit verbunden.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung prämiert die innovativsten Ideen zur Vernetzung internationaler Forscher-Alumni deutscher Universitäten mit bis zu 130.000 Euro.

Zahlreiche internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nutzen jedes Jahr die guten Forschungsbedingungen an deutschen Universitäten – sicher auch an Ihrer Einrichtung. Nach Beendigung ihrer Gastaufenthalte haben diese Forscher-Alumni das Potenzial, wertvolle Partner im Ausland zu werden. Als Botschafter ihrer Universität können sie beispielsweise helfen, neue Forschungsk Kooperationen zu entwickeln oder länderübergreifend Nachwuchs anzusprechen.

Nutzen Sie dieses Potenzial! Und nehmen Sie mit Ihren Ideen am Wettbewerb „Forscher-Alumni deutscher

Universitäten“ für Universitäten und Technische Hochschulen teil. Gefragt sind überzeugende Konzepte für eine Forscher-Alumni-Arbeit, die die spezifische Interessenlage von internationalen Wissenschaftlern berücksichtigen und sie gleichzeitig in strategische Aufgaben der Universität einbinden.

- Die drei besten Konzepte werden ausgezeichnet. Die Preisträger erhalten ein **Preisgeld von jeweils 130.000 Euro** zur Umsetzung ihrer Konzepte.

- **Bewerbungsschluss: 8. Juli 2011**

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie auf unserer Website:

www.forscher-alumni.de/ideenwettbewerb

Der Ideenwettbewerb ist eine Aktivität von Research in Germany.

Weitere Informationen zu den Angeboten und Aktivitäten von Research in Germany finden Sie unter www.research-in-germany.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung